


CDU

Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Bericht aus dem Landtag

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Welt am Sonntag beschreibt den Ministerpräsidenten von Niedersachsen David McAllister in der letzten Ausgabe als einflussreichsten und wichtigsten Landesregierungschef der CDU in Deutschland. Tatsächlich wurde in den letzten Wochen eindrucksvoll deutlich, wie Niedersachsen von unserem Ministerpräsidenten profitiert.

Niedersachsen wird durch die Strukturreform der Bundeswehr unterdurchschnittlich belastet. Der Abzug britischer Streitkräfte geht nur wenig zu Lasten Niedersachsens. In die schwierige Frage der Endlagerung von radioaktiven Abfällen kommt Bewegung. Die niedersächsische Oberschule ist beispielgebend für andere Länder. Das alles sind Erfolge des konstruktiven und sachlichen Regierungsstils von David McAllister.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer



Wichtig ist auf ´m Platz – Gewalt im Stadion konsequent entgegenzutreten

Berichte über gewaltbereite Ultras oder Hooligans, die Fußballspiele als Anlass für ihre Aggressionen missbrauchten, gehören mittlerweile zur wöchentlichen Sportberichterstattung. Aus diesem Grund haben Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion einen Einsatz der Polizei begleitet und sich ein Bild gemacht. „Die zunehmende Gewalt und Aggression gefährdet die Freude vieler tausend Fans am Fußball“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion **Heinz Rolfes**.

„Im und außerhalb des Stadions werden bewusst Regeln verletzt und Straftaten begangen“, so Rolfes weiter. Die gesundheitsgefährdende Pyrotechnik sei

dabei nur ein Beispiel. Auch regelmäßige Attacken gegen unsere Polizei seien eine dauerhafte Belastung für unsere Beamten bei ihren ohnehin schwierigen Einsätzen.

„Diejenigen, die unsere Sicherheit garantieren, haben Anspruch auf unseren besonderen Schutz“, so der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Thomas Adasch**. „Gewaltbereite Chaoten haben im Stadion nichts zu suchen“, unterstützt Heinz Rolfes die Forderungen des Niedersächsischen Innenministers **Uwe Schünemann**. „Videoüberwachung, Stadionverbote und Einlasskontrollen müssen daher konsequent durchgesetzt werden!“

Videopodcast und Blog zum Thema finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de



Thomas Adasch im Gespräch mit der Polizei beim Spiel Hannover 96 gegen Schalke 04



Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam in den öffentlichen Schulen unterrichtet werden.

Foto: picture-alliance

Niedersachsen startet Inklusion

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Klare im BL-Interview

Die Fraktionen von CDU und FDP haben am Donnerstag das Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Landtag eingebracht. Für die CDU sprach Karl-Heinz Klare.

Herr Klare, was genau wird sich für die Schulen ändern, wenn das Gesetz in Kraft tritt? Das Gesetz regelt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Kurz gesagt: Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam in



Karl-Heinz Klare

den öffentlichen Schulen unterrichtet werden.

Gibt es das nicht schon längst? Ja, Niedersachsen hat bereits über die Regionalen Entwicklungskonzepte angefangen, alle Kinder gemeinsam zu beschulen. Wir haben damit schon große Erfolge erzielt. Durch unsere Präventionsarbeit im Vorfeld haben wir erreicht, dass die Quote der Kinder, die an einer Förderschule unterrichtet werden, in Nieder-

sachsen nur noch sehr gering ist. Das ist die so genannte Exklusionsquote. Wenn Förderbedarfe früh erkannt werden, kann man schon im ganz jungen Alter handeln. Dann holen viele Kinder wahn-sinnig schnell auf und gehen mit den anderen Kindern zur Schule, ohne dass man einen Unterschied wahrnimmt.

Wieso gibt es denn dann immer wieder Kritik? Durch die niedrige Exklusionsquote haben wir natürlich absolut weniger Kinder mit Förderbedarf, die wir wieder in die allgemeinen Schulen

zurückholen müssten. Das sieht dann in der Statistik so aus, als sei unsere Inklusionsquote im Vergleich zu anderen Bundesländern schlecht. Aber frei nach Herbert Wehner: „Wer gar nicht erst rausgegangen ist, den muss man auch nicht wieder reinholen“. Kinder, die in anderen Bundesländern in Förderschulen unterrichtet werden würden, haben wir schon früher so gefördert, dass sie gar nicht erst dorthin mussten.

Was soll dann das Gesetz noch bewirken? Das Gesetz soll den Anspruch aller Kinder auf inklusive Schulen festschreiben.

Das klingt sehr theoretisch, was heißt das für die Praxis? „Inklusion“ geht weiter als die bisherige „Integration“. Bei der Integration lassen wir im bestehenden System alle mitmachen, sie müssen

sich aber anpassen. Die Inklusion verlangt, dass sich das System an die Menschen anpasst - ein zutiefst christdemokratisches Anliegen. Alle Schulen in Niedersachsen sollen bis zum Schuljahr 2019/20 so gestaltet sein, dass alle Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam lernen können.

Ist das nicht ein gewagter Schritt? Natürlich! Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Aufgabe für Generationen. Es geht ja nicht nur darum, Kinder in der Schule inklusiv zu

unterrichten. Die gesamte Gesellschaft muss sich darauf einstellen. Das geht von Schule über Arbeitsleben zu allen Bereichen, in denen Menschen leben und arbeiten.

Fühlen sich da nicht viele überfordert? Um diesem Gefühl entgegenzuwirken, haben wir 2011 eine Lehrkräftefortbildung gestartet. Schulen, die sich bereits gerüstet fühlen, können gemeinsamen Unterricht zum Schuljahr 2012/13 ab der ersten Klasse anbieten. Alle anderen Schulen müssen dies im Schuljahr 2013/14 für die ersten und fünften Klassen leisten. In einer Übergangsfrist werden bei den weiterführenden Schulen Schwerpunktschulen eingerichtet, die nach dem Förderbedarf organisiert sind. Im Schuljahr 2019/20 werden dann alle Schulen dazu bereit sein.

„Die gesamte Gesellschaft muss sich darauf einstellen“

Fraktion besetzt Ausschüsse und Sprecherämter neu

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat wichtige personelle Entscheidungen getroffen. „Leider waren die personellen Veränderungen nach den plötzlichen Todesfällen von **Karl-Heinrich Langspecht** und **Reinhold Coenen** erforderlich. Zugleich scheidet die Abgeordneten **Matthias Nerlich**, **Wittich Schobert** sowie **André Wiese** aus dem Niedersächsischen Landtag aus, da sie ihren Bürgermeisterwahlkampf in Gifhorn, Helmstedt und Winsen (Luhe) erfolgreich für sich entscheiden konnten“, erklärte der Fraktionsvorsitzende **Björn Thümler**. „Die Fraktion hat sich nach den einerseits tragischen und andererseits für die kommunale Ebene erfreulichen Umständen neu aufgestellt“.



Gudrun Pieper



Martin Bäumer



Johann-Heinrich Ahlers

Gudrun Pieper (Walsrode) ist neue Medienbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion und damit Nachfolgerin des neuen Helmstedter Bürgermeisters Wittich Schobert.

Der umweltpolitische **Sprecher der CDU-Fraktion, Martin Bäumer** (Georgsmarienhütte), übernimmt das Amt des Obmannes im 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Asse“, das der verstorbene Karl-Heinrich Langspecht hinterlassen hat.

Vorsitzender des Landtagsausschusses für Inneres und Sport wird **Johann-Heinrich Ahlers** (Nienburg-Nord). Reinhold Coenen hatte dieses wichtige Amt bis zu seinem plötzlichen Tod inne.



Kai Seefried



Thomas Adasch



Frank Mindermann

Von Johann-Heinrich Ahlers übernimmt der Stader Abgeordnete **Kai Seefried** den Vorsitz des Ausschusses für Häfen und Schifffahrt.

Neuer polizeipolitischer Sprecher ist der Abgeordnete **Thomas Adasch** (Celle).

Frank Mindermann ist künftig feuerwehrpolitischer Sprecher der Fraktion.



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion

Orgelkultur in Niedersachsen

Über 100 Gäste sind im Oktober der gemeinsamen Einladung der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion und Arp Schnitger Gesellschaft zu einer Podiumsdiskussion nach Ganderkesee gefolgt. Dabei diskutierten **Hendrik Ahrend** (Orgelbaumeister aus Leer), **Michael Brandt** (Geschäftsführer der Oldenburgischen Landschaft und Vorsitzender des Fördervereins NOMINE), **Dr. Annette Schwandner** (Abteilungsleiterin im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur), **Thomas Meyer-Bauer** (Orgelsachverständiger der ev.-luth. Kirche in Oldenburg) und **Hans Davidsson** (Vorsitzender der Arp Schnitger Gesellschaft und Professor an der Hochschule für



Arp-Schnitger-Orgel in der St. Cyprian- und Cornelius-Kirche in Ganderkesee

Künste in Bremen) im Hof Hoyerwegen über den Stellenwert der Arp Schnitger Orgeln für den nordeuropäischen Raum.

Schnitger zählte Ende des 17. Jahrhunderts zu einem der bedeutendsten Orgelbaumeister seiner Zeit. Er gilt als der Vollender der norddeutschen Barockorgel. Von ihm geschaffene Instrumente finden sich vor allem in Niedersachsen. Etwa 170 Orgeln hat Schnitger neu er- oder wesentlich umgebaut, gut 30 sind heute noch in einem Zustand erhalten, der ihre Bezeichnung als „Arp-Schnitger-Orgel“ rechtfertigt. Sie sind weltweit bekannt und sollen zur Aufnahme in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO vorgeschlagen werden.

Schwerpunktthema Kultur: 1. Kirchengespräch in Hannover

Es war Abschluss und Premiere zugleich: Zum Ende des Schwerpunktthemas „Kultur – Tradition, Innovation und Identität in Niedersachsen“ hat die CDU-Landtagsfraktion am 26. Oktober ihr 1. Kirchengespräch veranstaltet - eine Podiumsdiskussion zur Rolle der Kirche als Kulturvermittler mit Vertretern aller großen Glaubensrichtungen. Rund 350 Gäste erlebten im Alten Rathaus von Hannover eine ebenso spannende wie unterhaltsame Gesprächsrunde um Moderator **Jan Dieckmann**, dem Rundfunkbeauftragten der norddeutschen evangelischen Kirchen beim NDR.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, **Björn Thümler**, hatte eingangs gesagt: „Kirche und Religion waren in der Menschheitsgeschichte häufig die einzigen Kulturträger und -vermittler. Sie erreichen alle sozialen Schichten und tragen zur Begegnung mit Kultur im Alltag bei.“ Diese Vorlage nahmen die Podiumsteilnehmer gerne auf und diskutierten über Leistung, Verantwortung und Perspektive der religiös geprägten Kulturlandschaft. Rund eineinhalb Stunden bezogen **Avni Altiner**, Vorsitzender der Schura Niedersachsen e.V., **Prof. Dr. Felix Bernard**, Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen, **Prof. Dr. Johanna Wanka**, Niedersächsische Ministerin für

Wissenschaft und Kultur, **Prof. Dr. Friedrich Weber**, Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Braunschweig und Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und die Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover e.V., **Ingrid Wettberg** Stellung.

Trotz oft kontroverser Meinungen stimmten sie schließlich darin überein, dass alle Religionen mehr aufeinander zugehen sollten. Toleranz gegenüber anderen Religionen zu zeigen, ohne dabei die eigenen Standpunkte aus den Augen zu verlieren, sei Grundlage für alle Gespräche. Die Veranstaltung lege insofern den Grundstein, sich gegenseitig zu besuchen.

Ein Fazit, über das die Besucher auch während des anschließenden Empfangs diskutierten. Eine gute Gelegenheit, sich in dieser Frage auszutauschen, soll es künftig regelmäßig geben, wie Thümler ankündigte: „Politik in christlicher Verantwortung zu gestalten, bedeutet für uns, anderen Religionen gegenüber offen zu sein. Der Dialog zwischen den Religionen und der Politik ist uns wichtig.“ Einmal im Jahr wird die CDU-Landtagsfraktion daher künftig zu einem Kirchengespräch einladen.

Nach der Strukturreform: Wilhelmshaven wird größter Bundeswehrstandort

Wilhelmshaven und sein Umland werden zukünftig über zwei gewichtige Wirtschaftsfaktoren verfügen: Den JadeWeserPort und den aufgewerteten Marinestützpunkt der Bundeswehr. Davon ist der Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, **Björn Thümler**, überzeugt, nachdem er den Kommandeur der Einsatzflottille 2, Flottenadmiral **Thorsten Kähler**, besucht hatte.

„Durch die Bundeswehrreform ist der Marinestandort in Wilhelmshaven nicht nur gesichert, sondern wird zum größten Bundeswehrstandort Deutschlands ausgebaut“, freute sich Thümler, der bei seinem Besuch in der Hafenstadt

von Wilhelmshavens neuem Oberbürgermeister **Andreas Wagner** und dem



Auf dem Bild v.l.n.r.: Thorsten Kähler, Andreas Wagner, Björn Thümler, Dr. Uwe Biester und Andreas Czerwinski

CDU-Landtagsabgeordneten **Dr. Uwe Biester** begleitet wurde. Die Planungen des Bundesverteidigungsministeriums sehen vor, dass in Wilhelmshaven ein Marineunterstützungskommando

neu aufgebaut wird, außerdem soll die Bundeswehrfeuerwehr am Marinestützpunkt in Wilhelmshaven angesiedelt werden, wie Thümler erklärte. „Die Zahl der Dienstposten wird von 7.780 auf 8.570 aufgestockt. Das wird man in der Wilhelmshavener Wirtschaft positiv spüren“, sagte Thümler.

Da zudem im kommenden Jahr der JadeWeserPort in Betrieb genommen werden sollte, besäße Wilhelmshaven sehr gute Zukunftschancen, sagte Thümler. „Von der geballten maritimen Kompetenz wird die gesamte Region am Jadebusen profitieren.“

Spätabtreibungen: „Anzahl verringern und in Notsituation geratenen Eltern helfen“



Heidemarie Mundlos

Für die stellvertretende Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Heidemarie Mundlos, ist es eine „bedenkliche Entwicklung“: Laut Presseberichten ist die Anzahl der Spätabtrei-

bungen in der Frauenklinik der Diakonischen Dienste Hannover gestiegen. Waren es 2009 noch 21 Frauen, die ihr Kind nach der 22. Woche abtrieben, ließen 2010 bereits 45 werdende Mütter ihre Schwangerschaft zu einem späten Zeitpunkt beenden.

„Es muss zügig untersucht werden, warum es innerhalb eines Jahres mehr als doppelt so viele Schwangerschaftsspätabbrüche in der Frauenklinik gab“, sagte Mundlos. Schließlich existiere seit 2009 ein im Gesetz verankertes verpflichtendes Beratungsangebot des behandelnden Arztes für die Schwangeren.

Dazu gehöre eine verpflichtende dreitägige Bedenkzeit, um eine übereilte Entscheidung nach Pränataldiagnostik und Befund einer Behinderung des Ungeborenen zu verhindern. „Wir müssen prüfen, wie wirkungsvoll die bestehenden Beratungsangebote für die Betroffenen sind und wie diese verbessert werden sollten“, sagte Mundlos und fügte an: „Wir müssen uns auch fragen, inwieweit die Pränataldiagnostik dazu beiträgt, dass die Zahl der Spätabtreibungen seit

den letzten Jahren steigt.“ Mundlos kündigte dazu eine parlamentarische Initiative an, in der auch gefragt wird, wie die Kenntnisse betroffener Frauen über die vorhandenen Hilfeangebote optimiert werden kann.

Die CDU-Fraktion fühlt sich aufgrund ihrer Grundwerte dem Leben verpflichtet. Das schließe den Schutz des ungeborenen, behinderten Lebens explizit ein, betonte Mundlos. „Unser Ziel ist es nach wie vor, die Zahl der Spätabtreibungen zu verringern und den Eltern in existenziellen Notlagen so gut wie möglich zu helfen. Spätabtreibungen müssen auf diejenigen Einzelfälle beschränkt bleiben, in denen das Kind voraussichtlich nicht lebensfähig sein wird oder eine Gefahr für Leib und Leben der Schwangeren besteht.“

Süßer Einsatz: Zuckermarktordnung erhalten

„Niedersachsen ist eine der wichtigsten Zuckeranbauregionen Europas! Die geplanten EU-Refomen sind daher für die niedersächsische Agrarpolitik von überragender Bedeutung“, erklärte der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Clemens Große Macke, anlässlich eines Besuches bei der Nordzucker AG in Nordstemmen.

Die Zuckermarktordnung diene dazu, die Versorgung unserer heimischen Märkte sicherzustellen und sie vor Mengen- und Preisschwankungen des Weltmarktes zu schützen. Hierzu sei ein Quotensystem geschaffen, dass die Gemeinschaftserzeugung mengenmäßig reguliert. Einfuhren zu niedrigen Preisen

würden mit Zöllen belegt. „Beide Instrumente sind bis heute für das Funktionieren der Marktordnung unverzichtbar“, so Große Macke. Sie sollten vor allem sicherstellen, dass der EU-Binnenmarktpreis nicht unter ein bestimmtes Preisniveau absinkt, um die Rentabilität des Rübenanbaus und der Zuckererzeugung in der EU zu erhalten. Ein Ausstieg sei daher nicht vertretbar. „In einer parlamentarischen Initiative haben wir deshalb die Landesregierung gebeten, sich für den Erhalt der Zuckermarktordnung bis zum Jahr 2020 einzusetzen“, betonte Große Macke. „Wir wissen um den wichtigen Beitrag des Agrarsektors im ländlichen Raum für Einkommen und Beschäftigung.“



Der Arbeitskreis Landwirtschaft bei der Nordzucker AG

Nach dem Ehemaligenabend der CDU-Landtagsfraktion im Oktober erreichte uns folgender Brief von Hans Feindt, Landtagsabgeordneter der 6. bis 9. Wahlperiode - Vielen Dank dafür!

Lieber Herr Thümler,

diese Zusammenkunft der Ehemaligen war wieder einmal eine Wucht. Seien Sie herzlich bedankt für Ihre Aktivität; und die Resonanz war einmalig und nachhaltig. Im nächsten Jahr werden wir die 30. Wiederholung feiern. Meine über 90 Lebensjahre werden mir Grenzen setzen und so Gott will, werde ich wieder dabei sein. Ihre Worte und die des Ministerpräsidenten waren das Fundament für Gesprächsstoffe, sie waren belebend und exzellent. Sie sehen, mich hat diese Begegnung erfrischt und politisch wieder gestärkt.

Lieber Herr Thümler, nochmals herzlichen Dank für Ihre Initiative. In der stillen Hoffnung auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Ihr
Hans Feindt

Hafenpolitische Sprechertagung in Wilhelmshaven

„Die Anbindung der deutschen Seehäfen ist für ganz Deutschland von größter Bedeutung.“ Das betonte der hafenpolitische Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, **Bernd-Carsten Hiebing**, bei der Zusammenkunft der hafenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen der norddeutschen Länder auf dem Gelände des JadeWeser-Ports am 19. Oktober.

Die CDU-Hafenpolitiker aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nutzten in Wilhelmshaven die Gelegenheit, sich nach einer Besichtigung des derzeit größten niedersächsischen Infrastrukturprojektes zu aktuellen maritimen Themen, wie der Zukunft der Schiffbaubranche oder der wachsenden Bedrohung der Reeder durch Seepiraterie, auszutauschen. Beim Thema Hinterlandanbindung vereinbarten die Hafenpolitiker für die aus norddeutscher Sicht unverzichtbaren Projekte ein gemeinsames Vorgehen.

Einig war man sich darin, eine Neuaufgabe des ‚Port Package‘ abzulehnen. „Eine zu strenge Konzessionsregulierung ist Gift für die Leistungsfähigkeit der Seehäfen“, machte Hiebing deutlich. Von diesen realitätsfernen Vorstellungen sollte man sich in Brüssel verabschieden.



Die Hafenpolitischen Sprecher in Wilhelmshaven

Bahn frei: Zweites Gleis für JadeWeserPort wird gebaut



Waren beim Spatenstich in Rastede: CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Uwe Biester (li.), Ministerpräsident David McAllister (3. v.r.) und der Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Jens Nacke (5.v.l.)

Ende 2012 soll es soweit sein: Der Güterverkehr wird auf zwei Gleisen vom JadeWeserPort aus ins Hinterland rollen. Am 17. Oktober 2011 gaben Vertreter der Deutschen Bahn, der Bundesregierung und des Landes Niedersachsen beim 1. Spatenstich in Rastede den Startschuss für den zweigleisigen Ausbau der Bahntrasse zwischen Oldenburg und dem JadeWeserPort in Wilhelmshaven.

Insgesamt 190 Millionen Euro investiert dabei der Bund, 20 Millionen Euro die Deutsche Bahn AG. Mit diesem Geld werden bis zur Fertigstellung Ende 2012 50 Kilometer Gleise verlegt, zehn Bahnübergänge erneuert, die 40 Jahre alte Stellwerktechnik auf den neusten Stand gebracht und - zunächst auf 27 Kilometern - eine Lärmschutzwand aufgestellt.

Elektromobilität in Niedersachsen

Niedersachsen treibt das innovative Thema Elektromobilität intensiver voran. Dessen ist sich der energiepolitische Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, **Axel Miesner**, sicher, nachdem die Fraktionen von CDU und FDP einen entsprechenden Entschließungsantrag auf den Weg gebracht hatten.

„Wir wollen bestehende und neue Projekte in Niedersachsen unterstützen“, erklärte Miesner. So solle die Bewerbung Niedersachsens, der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg sowie der Volkswagen AG im Rahmen des „Schaufenster Elektromobilität“ gefördert werden. „Wir wollen die Entwicklung herausragender Elektromobilitätsprojekte vorantreiben“, sagte Miesner, „Elektromobilität ist ein wichtiges Element einer klimagerechten Energie- und Verkehrspolitik und daher ein zentrales Zukunftsthema.“

Einigung auf Pflegepakt für Niedersachsen Özkan: „Ein guter Tag für pflegebedürftige Menschen“

Am 7. November 2011 hat Sozialministerin **Aygül Özkan** gemeinsam mit den Mitgliedern des Landespflegeausschusses den Pflegepakt für Niedersachsen vorgestellt. „Wir sichern damit die Qualität der Pflege in in Niedersachsen“, erklärte Özkan.

Pflegekassen, Kommunale Spitzenverbände, Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Privaten Pflegeanbieter und die Sozialministerin haben sich darauf geeinigt, die monatliche Schulgeldförderung aus Mitteln des Sozialministeriums auf bis zu 160 Euro zu erhöhen. Damit werden rund vier Fünftel aller Altenpflegeschülerinnen und -schüler in Niedersachsen faktisch von der Schulgeldzahlung befreit.

Außerdem unterstützen die Partner des Pflegepakts auch den Einsatz des Sozi-

al- und Kultusministeriums auf Bundesebene, die verschiedenen Pflegeausbildungen bundeseinheitlich zu regeln und die Finanzierung künftig über das Pflegekassensystem vorzunehmen. Geplant

ist auch die Erprobung eines Bonusprogramms durch die AOK Niedersachsen, mit dem die betriebliche Gesundheitsförderung ausgebaut werden soll.



Aygül Özkan (m) und Akteure des Pflegepakts

Termine 2011

13. bis 15. November 2011
24. Bundesparteitag in Leipzig

16. November 2011
Luncheon-Discussion
„Sonne, Wind und Schule-
Energie muss gelernt sein!“

18. November 2011
Bundesweiter Vorlesetag

20. bis 21. November 2011
Haushaltsklausurtagung der
Fraktion in Hannover

6. bis 9. Dezember 2011
Plenarsitzung des Niedersächsi-
schen Landtages



Foto: Picture-Alliance

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

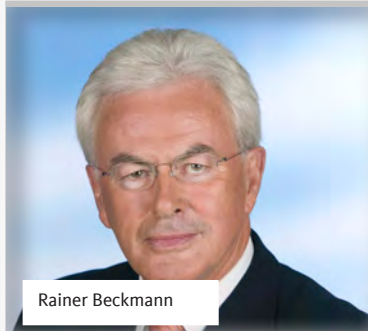
Michael Aldick
Dr. Eike Frenzel
Stefan Wittkop
Sabine Busse

Kontakt:

Telefon (05 11) 3030-4118
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Weitere Infos:

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de



Rainer Beckmann

Rainer Beckmann, geboren am 12. Juli 1941 in Hannover, rückt für den neu gewählten Bürgermeister aus Gifhorn, Matthias Nerlich, in den Landtag nach. Herr Beckmann vertritt den Wahlkreis 27 Hannover-Ricklingen. Beckmann ist Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Mitglied im Wahlprüfungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport sowie stellvertretendes Mitglied der Datenschutzkommission



Reinhard Hegewald

Reinhard Hegewald, geboren am 2. Juni 1964 in Loppersum, Landkreis Aurich, rückt für den neu gewählten Bürgermeister aus Winsen, André Wiese, in den Landtag nach. Herr Hegewald vertritt den Wahlkreis 85 Emden/Norden und hat die Wahlkreispatenschaft vom Wahlkreis 86 Aurich übernommen. Hegewald ist Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Mitglied im Unterausschuss für „Häfen und Schifffahrt“ und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.



Joachim Stünkel

Joachim Stünkel, geboren am 5. September 1952 in Lüthorst, rückt für Wittich Schobert, der von nun an Bürgermeister von Helmstedt ist, in den Landtag nach. Herr Stünkel betreut die Wahlkreise 19 Einbeck und 18 Northeim. Er ist Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, Mitglied im Petitionsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung



Silke Weyberg

Silke Weyberg, geboren am 27. Mai 1966 in Hildesheim ist für den verstorbenen Karl-Heinrich Langspecht in den Landtag nachgerückt. Frau Weyberg betreut den Wahlkreis 6 Peine-Land. Frau Weyberg ist Mitglied im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung.